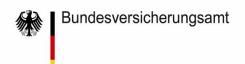


Finanzierung in der GKV - Wohin mit den Überschüssen?

Sylvia Bohlen-Schöning

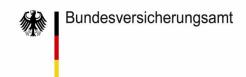


Gesundheitspolitisches Kolloquium der Universität Bremen am 06. Juni 2012

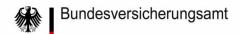


Agenda

- I. Vorbemerkungen: Finanzierungsreform 2009
- II. Wie funktioniert der Gesundheitsfonds / Morbi-RSA?
- III. Wohin mit den Überschüssen in der GKV?
 - Pressestimmen
 - Finanzentwicklung des Gesundheitsfonds / Liquiditätsreserve
 - Finanzsituation der Krankenkassen
- IV. Prämiendiskussion
- V. Anhang: Einnahmen und Ausgaben 2012 (Zahlen der Schätzerkreissitzung vom 12.10.2011)



I. Vorbemerkungen



Begriffsabgrenzung Gesundheitsfonds: Elemente der Finanzierungsreform 2009

Gesundheitsfonds Neuordnung der Finanzströme

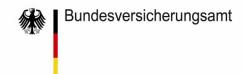
- Keine Verteilungswirkung
- Abschaffung des Überweisungs- und Verrechnungsgeflechts des alten RSA
- Keine Zahler- und Empfängerkassen mehr
- Verwaltung als Sondervermögen beim BVA
- Bildung einer Liquiditätsreserve

Direkter morbiditätsorientierter RSA

- Im Morbi-RSA wird neben demographischen Größen auch die Morbidität der Versicherten berücksichtigt
- Ein morbiditätsorientierter RSA wäre auch ohne Gesundheitsfonds möglich
- Mit Verteilungswirkung ("Gewinnerund Verlierer-Kassen" gegenüber dem Alt-RSA)

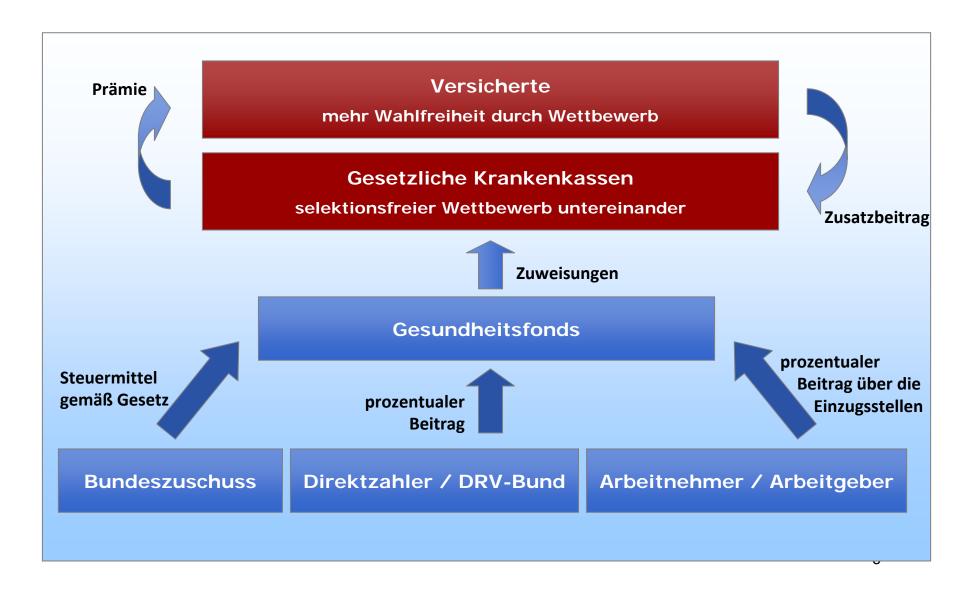
Einheitlicher Beitragssatz

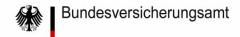
Zusatzbeitrag und Prämie



II. Wie funktioniert der Gesundheitsfonds / Morbi-RSA?

Systematik des Gesundheitsfonds

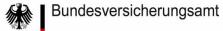




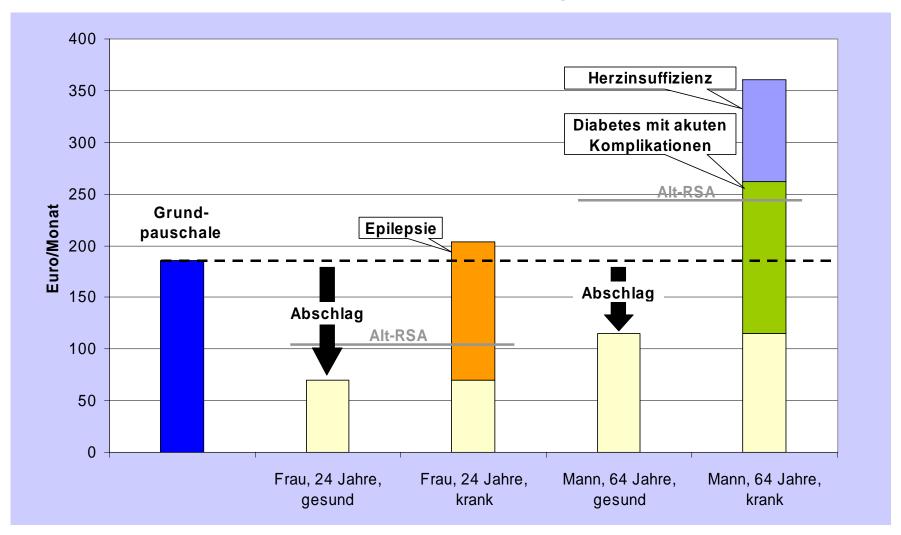
Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds

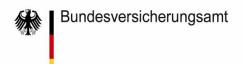
§ 266 Abs. 1 SGB V - Die Krankenkassen erhalten Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds (§ 271 SGB V) zur Deckung ihrer Ausgaben





So funktioniert der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich





Prospektives Modell

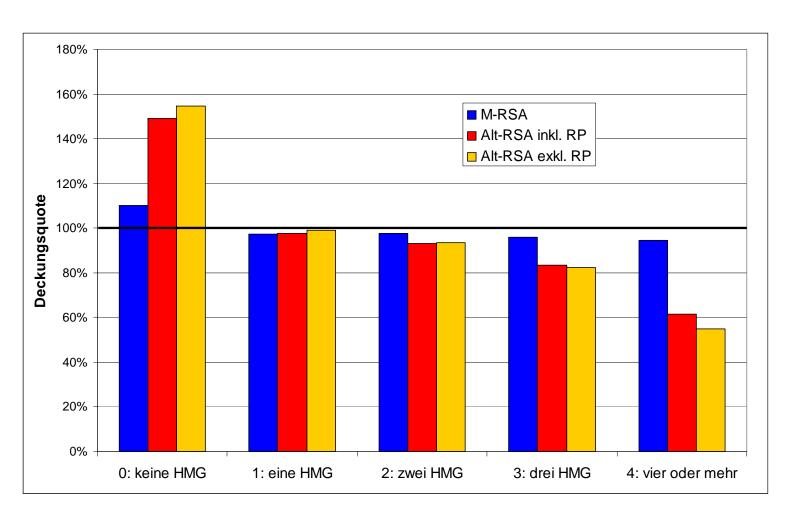
• Die Zuschläge decken nicht die laufenden Behandlungskosten ab, sondern die mit diesen Krankheiten verbundenen Folgekosten.

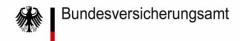


- Bei einem prospektiven Morbi-RSA ist es immer vorteilhaft, wenn ein Versicherter im Folgejahr gesünder ist als im Vorjahr. Anreize zur Sekundärprävention steigen, da chronisch Kranke (im Rahmen der 80 Krankheiten) zu guten Risiken werden.
- Anreize zur Risikoselektion werden vermieden.
- Wirtschaftlichkeitsanreize bleiben erhalten, da keine reine Refinanzierung von Behandlungskosten erfolgt.

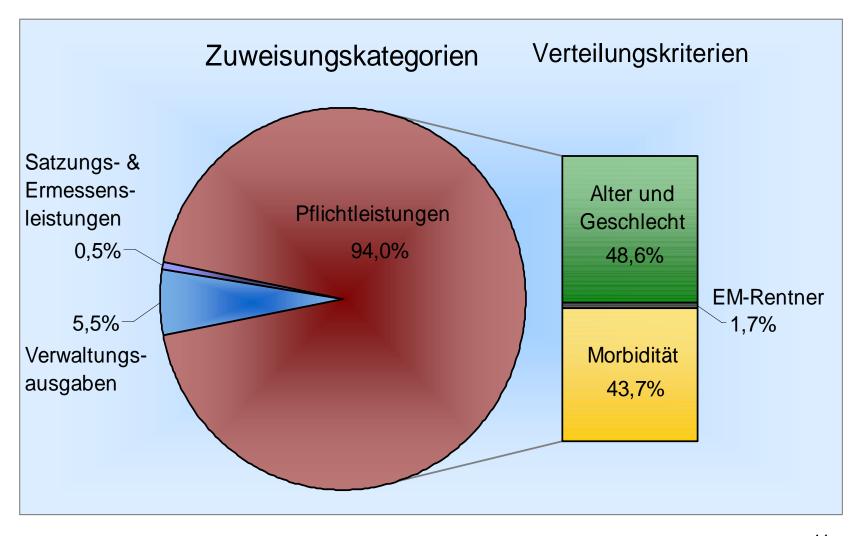


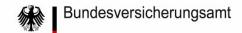
Deutlich verbesserte Zuweisungsgenauigkeit im Morbi-RSA



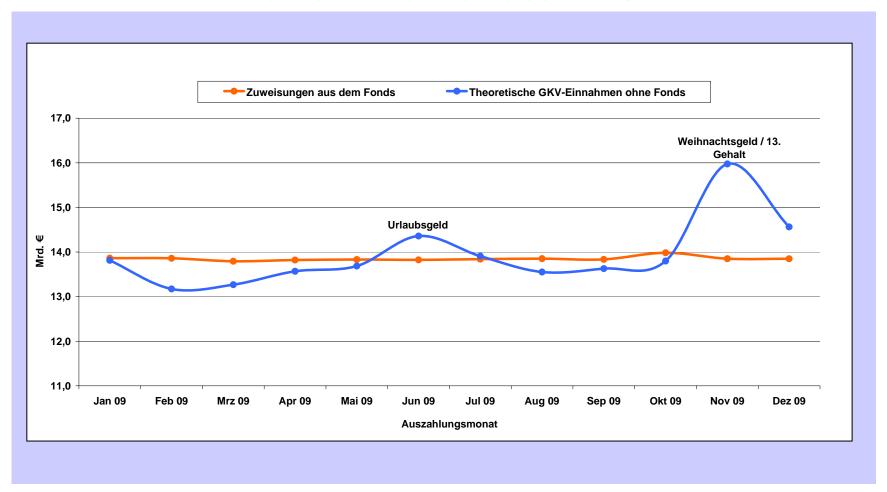


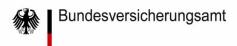
Anteile der Zuweisungskategorien





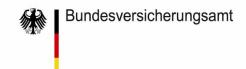
Krankenkassen erhalten ihre Einnahmen früher und verlässlicher



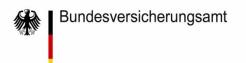


Einnahmenrisiko liegt beim Gesundheitsfonds

- Zuweisungen eines Jahres garantiert (in 2012: rd. 15,45 Mrd. € monatlich)
- Unterjährige Einnahmenschwankungen (Weihnachtsgeldeffekt) werden aus Liquiditätsreserve vorfinanziert
- Minder-/Mehreinnahmen gehen zu Lasten/Gunsten der Liquiditätsreserve
- Bei Mehreinnahmen: vorgezogene Auszahlungen erhöhen die Liquidität der Krankenkassen



III. "Wohin mit den Überschüssen in der GKV?"



Pressestimmen (1)



Überschüsse der Krankenkassen gehören Versicherten

SÜDKURIER

Politik

Weg mit der Praxisgebühr!

14.05.2012

Ärzte Zeitung, 13.03.2012 18:18 GKV-Überschüsse in Pflegekräfte investieren!



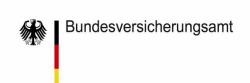
WEGEN MILLIARDEN-ÜBERSCHUSS

Krankenkassen-Beiträge sollen sinken



KV Nordrhein fordert: Milliarden-Überschüsse der Krankenkassen für Konvergenz nutzen

23.02.2012



Pressestimmen (2)



Ärzte Zeitung online, 16.03.2012 13:21 Gesundheitsfonds soll bluten

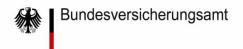
Handelsblatt

Krankenkassen rüsten sich lieber für Krisen

16.05.2012

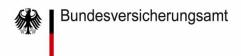
Süddeutsche Zeitung

'Hände weg von den Rücklagen'



"Überschüsse für Innovationen"

- Regelweg: Erstattung durch Aufnahme in den Pflichtleistungskatalog
- Keine Ersetzung der Entscheidungen des GBA; das BVA ist nicht befugt, "förderungswürdige" Leistungen auszuwählen
- Anreizwirkung über die Ersetzung lediglich "durchschnittlicher" Kosten, umso mehr als die Deckungsquote bei Multimorbiden sinkt

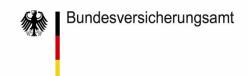


"Überschüsse in der GKV"

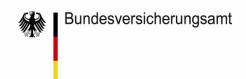
Zu unterscheiden:

 Finanzentwicklung des Gesundheitsfonds / Liquiditätsreserve

• Finanzsituation der Krankenkassen



Finanzentwicklung des Gesundheitsfonds / Liquiditätsreserve



Finanzentwicklung des Gesundheitsfonds (1)

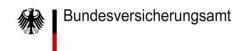
2009	2010	2011	2012*
(in Mrd. €)			
164,58	174,54	184,26	185,69
166,98	170,35	178,99	185,44
-2,41	4,19	5,27	0,25
0,00	4,19	9,46	9,71
-2,41	1,78	7,06	7,31
	164,58 166,98 - 2,41 0,00	(in M 164,58 174,54 166,98 170,35 -2,41 4,19 0,00 4,19	(in Mrd. €) 164,58 174,54 184,26 166,98 170,35 178,99 -2,41 4,19 5,27 0,00 4,19 9,46

^{*} Prognose des Schätzerkreises vom 12.10.2011



Finanzentwicklung des Gesundheitsfonds (2)

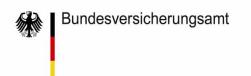
- Der Gesundheitsfonds profitiert derzeit von einer <u>außergewöhnlichen</u> Einnahmesituation, die insbesondere auf der konjunkturbedingten Zunahme der Beschäftigung beruht
- Auch wenn die Konjunktur sich weiterhin gut entwickelt, ist eine derartige Beschäftigungsausweitung nicht dauerhaft durchzuhalten
- Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Ausgaben der GKV wieder stärker steigen als die Einnahmen



Liquiditätsreserve (1)

		(in Mrd. €)
	Liquidiätsreserve 31.12.2011	9,46
-	Defizit 2009	2,41
=	Zwischensumme I	7,05
-	zus. Bundeszuschuss 2011 (für Sozialausgleich)	1,99
=	Zwischensumme II	5,06
-	Liquiditätsreserve (gesetzl. Minimum)	3,07
=	"freie Spitze"	1,99

Zum Vergleich: eine Beitragssatzsenkung um 0,1% führt zu Mindereinnahmen des GF von rd. 1,09 Mrd. € pro Jahr



Liquiditätsreserve (2)

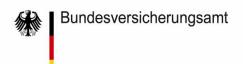
Unterjährige Einnahmeschwankungen ausgleichen Unterjährige Einnahmeausfälle ausgleichen

Finanzierung der Zusatzbeiträge für ALGII-Empfänger

Funktionen

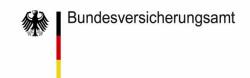
Finanzierung der Aufwendungen der BA nach § 26 Abs. 4 SGB II

Finanzierung der Konvergenzklausel Ausgleich der Mindereinnahmen aus Sozialausgleich



Liquiditätsreserve (3)

- Die Liquiditätsreserve ist <u>keine permanente Geldreserve</u>; die liquiden Mittel befinden sich nur zeitweise auf den Konten des Fonds und sind ansonsten in den Zahlungsströmen zwischen Fonds und Kassen enthalten.
- Die weitere Beteiligung des Bundes von 2 Mrd. Euro gilt nur 2011; die Liquiditätsreserve muss für die <u>zusätzlichen gesetzlichen</u> Finanzierungsaufgaben bis 2014 reichen.
- Die Zuweisungen k\u00f6nnen derzeit vor Abschluss des Auszahlungsmonats und <u>ohne Vorziehung von Bundesmitteln oder der Inanspruchnahme</u> <u>von Darlehen des Bundes</u> ausgezahlt werden.
- Maßnahmen mit <u>kurzfristigen</u> Finanzierungszielen zu Lasten der Liquiditätsreserve können nicht absehbare Wirkungen in den Folgejahren haben.

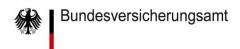


Finanzsituation der Krankenkassen



Entwicklung von Betriebsmitteln und Rücklagen 2008-2011

Gesetzliche Krankenkassen	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
Summe der Betriebsmittel und Rücklagen (Mio. Euro)	4.156	6.000	5.719	9.675
in Monatsausgaben	0,32	0,42	0,39	0,66
Nur Kassen ohne Rücklagen mit negativen Betriebsmitteln (Mio. Euro)	-12,3	-129,4	-316,9	-45,0

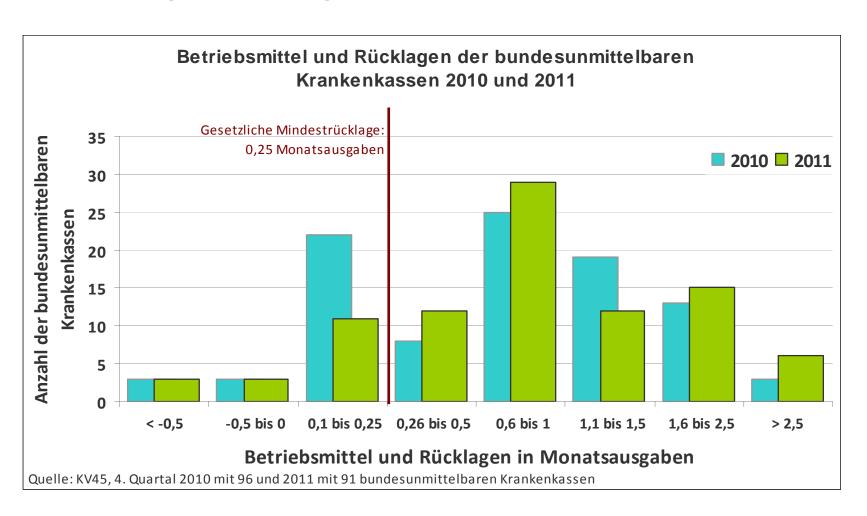


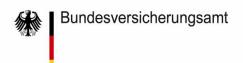
Betriebsmittel und Rücklagen

- Eine Krankenkasse hat zur Sicherstellung ihrer Leistungsfähigkeit eine Rücklage zu bilden (§ 261 Abs. 1 SGB V)
- Die Rücklage muss mindestens 0,25 Monatsausgaben betragen (§ 261 Abs. 2 SGB V)
- Zum 31. Dezember 2011 hatten voraussichtlich 13* bundesunmittelbare Krankenkassen ein Betriebsmittelund Rücklagevermögen von weniger als 0,25 Monatsausgaben.
- * Endgültige Jahresrechnungen liegen noch nicht komplett vor



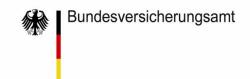
Ungleiche Verteilung des Betriebsmittel-/ Rücklagevermögens der GKV (2010 und 2011)



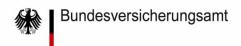


Zusatzbeiträge / Prämien

- Derzeit: 3 bundesunmittelbare Krankenkassen mit Zusatzbeiträgen, durchschnittliche Kassengröße rd. 224 Tsd.
 Versicherte
- 6 bundesunmittelbare Krankenkassen mit Prämien: durchschnittliche Kassengröße rd. 90 Tsd. Versicherte

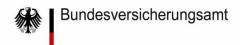


IV. Prämiendiskussion



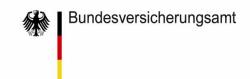
Verpflichtung zur Auszahlung von Prämien (1)?

- Einige Krankenkassen haben im Jahr 2011 hohe Überschüsse erwirtschaftet
- Auszahlungen dürfen erst vorgenommen werden, wenn die satzungsgemäße Rücklage der Krankenkasse voll aufgefüllt ist
- Gemäß § 261 Abs. 2 Satz 2 SGBV darf die Rücklage höchstens eine Monatsausgabe betragen
- Die Betriebsmittelreserve soll eine halbe Monatsausgabe nicht übersteigen, § 260 Abs. 2 Satz 1 SGB V



Verpflichtung zur Auszahlung von Prämien (2)?

- Das Finanzvermögen einer Krankenkasse darf somit grundsätzlich 1,5 Monatsausgaben betragen
- Da die Betriebsmittelobergrenze eine Sollgrenze ist, hat die Selbstverwaltung einen Ermessensspielraum bei der Haushalts- und Vermögensplanung
- Sofern die Vermögensgrenze deutlich überschritten wird, muss die Krankenkasse jedoch prüfen, ob eine Prämie auszuzahlen ist

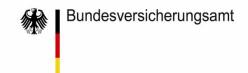


V. Anhang



Einnahmen und Ausgaben 2012 – Zahlen der Schätzerkreissitzung vom 12.10.2011

	2012	Änderungsrate zu 2011
Beitragspflichtige Einnahmen	1.092.081 Mio. €	+ 2,2%
Beitragssatz	15,5 %	0,0 %
Durchschnittlicher theoretischer Zusatzbeitrag	0 €	0,0 %
Einnahmen des Gesundheitsfonds (davon Bundeszuschuss)	185.686 Mio. € (13.841 Mio. €)	+ 1,3 % (- 8,5 %)
Ausgaben der GKV	185.435 Mio. €	+ 4,5 %
Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds an alle Krankenkassen	185.435 Mio. €	+ 3,6 %
Deckungsquote (Zuweisungen zu Ausgaben)	100 %	- 0,8 %
Aufwendungen des Gesundheitsfonds: Verwaltungsausgaben Beitragsprüfung DMP-Vorhaltekosten Ergebnis des Gesundheitsfonds (Einnahmen – Aufwendungen – Zuweisungen)	5 Mio. € 8 Mio. € 2 Mio. € 236 Mio. €	0,0 % 0,0 % 0,0 % - 94,6 %
Kumulierte Liquiditätsreserve 2010 bis Ende 2012	8.884 Mio. €	+ 2,7 %

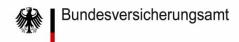


Exkurs: Determinanten der individuellen Leistungsfähigkeit einer Krankenkasse



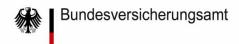
Determinanten der Finanzlage einer Krankenkasse

- 1. Mehr Stabilität bei der Liquidität -> Einnahmerisiko liegt jetzt beim Gesundheitsfonds:
 - Bundesgarantie
 - Glättung jährlicher Einnahmeschwankungen (z. B. Vorfinanzierung des Weihnachtsgelds)
 - Abschirmung vor konjunkturellen Risiken
- 2. Morbi-RSA:
 - Höhere Zielgenauigkeit gegenüber Alt-RSA
 - Morbiditätsstarke Kassen bekommen höhere Zuweisungen
 - Nullsummenspiel mit Verteilungswirkung ("Gewinner- und Verlierer-Kassen")
- 3. Zusatzbeitrag:
 - Bisher verzerrtes Preissignal, da zu wenig Differenzierung
 - Starke Mitgliederverluste bei Kassen mit Zusatzbeitrag



Neue rechtliche Rahmenbedingungen seit 2010

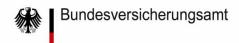
- § 171b Abs. 1 SGB V: ab dem 1. Januar 2010 gilt die InsO für alle Krankenkassen, außer: KBS, LKKn
- Insolvenzgründe:
 - Zahlungsunfähigkeit
 - Drohende Zahlungsunfähigkeit
 - Überschuldung
- Vorstand der Krankenkasse hat den Insolvenzgrund anzuzeigen (§ 171b Abs. 2 SGB V)
- Entscheidung der Aufsichtsbehörde



Determinanten der Leistungsfähigkeit (1)

- Teure Standorte Regionale Differenzen der Kosten
- Bestehende Unterdeckung beim Morbi-RSA Interaktionseffekte bei Multimorbiden werden nicht berücksichtigt, Sonderregelung Todesfälle
- Häufung überdurchschnittlich teurer Fälle

Schließung der CITY BKK



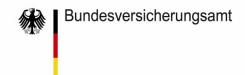
Determinanten der Leistungsfähigkeit (2)

Strukturelle Probleme stark wachsender Kassen

Niedrige Beitragssätze in der Vergangenheit hatten zu einem Schneeballeffekt geführt: instabile Mitgliederstruktur, keine Bindung an die Kasse, verzögerte Leistungsinanspruchnahme neuer Mitglieder, verzögerte Rückzahlungen bei besserer Morbiditätsstruktur an den RSA

 Einführung des Zusatzbeitrags führt bei diesen Kassen zu extremen Mitgliederverlusten

Schließung der BKK für Heilberufe



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!